



## BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Marburger Neue Zeitung vom 21.03.2006

### Erschreckender Zynismus

Der SPD-Ortsverein Marburg Nord hat sich in seiner jüngsten Jahreshauptversammlung unter anderem mit der öffentlichen Diskussion um den geplanten Bau eines Großbordells im Industriegebiet in Marburg-Wehrda befasst. Die Sozialdemokraten merkten an, dass Prostitution nicht grundsätzlich verdammt werden solle, weil es Menschen gebe, die aufgrund von persönlichen Benachteiligungen nur bei Prostituierten körperliche Nähe erfahren könnten.

Seit Monaten sind viele Marburger beunruhigt, dass zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bordellen ein Großbordell in Marburg-Wehrda entstehen soll. Auf die Probleme, die damit verbunden sind, hat die Bürgerinitiative aufmerksam gemacht. Wer sich informieren wollte, konnte unter anderem die Ausstellung von Terres des Femmes „Ohne Glanz und Glamour - Frauenhandel mitten unter uns“ in der Elisabethkirche besuchen. Seit Dezember läuft vor dem Amtsgericht außerdem der Menschenhändlerprozess, und man liest von Vorwürfen, dass Frauen aus Osteuropa und Thailand als Zwangsprostituierte in dem Bordell des Angeklagten arbeiten mussten. Dessen Verbindungen zu den Betreibern des zukünftigen Großbordells sind nachgewiesen. Vor diesem Hintergrund verteidigen nun die Mitglieder der SPD Marburg-Nord die Genehmigung des Großbordells damit, dass die Prostitution eine gesellschaftliche Funktion erfülle: „Für Menschen, denen aufgrund körperlicher oder geistiger Benachteiligung eine Beziehung verwehrt bleibe, biete die Prostitution die einzige Möglichkeit, körperliche Nähe zu erfahren.“ Über den blanken Zynismus, mit dem hier körperlich oder geistig benachteiligte Menschen von der SPD Marburg-Nord instrumentalisiert werden, um eine fragwürdige Entscheidung des rot-grünen Magistrats zu verteidigen, kann man nur noch erschrecken.

Mit dieser Instrumentalisierung lenkt die SPD Marburg-Nord von den Problemen, die heute mit Prostitution verbunden sind ab: Frauenhandel, Zwangsprostituierung, Verletzung von Menschenrechten und organisierte Kriminalität.

MNZ 21.03.06